

## „Volksentscheide braucht das Land“

*Eine lebendige Gesellschaft lebt von der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen. Wir wollen die Hürden für Volksbegehren senken und uns für mehr Bürgerbeteiligung im Land und in den untergeordneten Verwaltungsebenen einsetzen. Über das Internetportal der Landesregierung zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hinaus wollen wir erreichen, dass die Politik stärker auf die Menschen zugeht und ihnen mehr Einflussmöglichkeiten gibt.*

*Es ist Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jeder einzelnen Person zu stärken. Wir Piraten streben eine gleichberechtigte Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger an demokratischen Prozessen an.*

*Es ist in der Gesellschaft des digitalen Zeitalters ein Leichtes, große Mengen an Informationen zu durchsuchen und jedem zugänglich zu machen. Der Austausch von Informationen wird zunehmend einfacher und schneller. Das alles ermöglicht ganz neue und vorher undenkbbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Land. Vor allem dezentrale Verwaltungen und die unmittelbare Beteiligung an der Politik werden auf diese Weise realisierbar.*

## WIR PIRATEN STEHEN FÜR:

- ▶ *Stärkung der direkten Demokratie*
- ▶ *Längere Sammelfrist und Senkung des Unterschriftenquorums für Volksbegehren*
- ▶ *Senkung der Hürden für Bürgerbegehren*
- ▶ *Gerechteres Wahlsystem bei Landtagswahlen*
- ▶ *Senkung des Wahlalters*
- ▶ *Abschaffung der unechten Teilortswahl*
- ▶ *Kommunales Wahlrecht für Ausländer*
- ▶ *Transparente Gesetzgebung*



[WWW.PIRATENPARTEI-BW.DE](http://WWW.PIRATENPARTEI-BW.DE)

## VOLKSENTSCHEIDE BRAUCHT DAS LAND



**PIRATEN**  
digital. sozial. transparent.

## WENIGER HÜRDEN BEI VOLKSBEGEHREN

Die Piratenpartei steht für mehr direkte Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen. Daher setzen wir uns auch ganz konkret für eine Förderung von Volksabstimmungen und eine Vereinfachung von Volksbegehren ein. Für ein Volksbegehren in Baden-Württemberg müssen immer noch Unterschriften von mindestens einem Sechstel der Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen gesammelt werden. Die Unterschriften müssen auf dafür extra ausgelegten Eintragungslisten in den Gemeinden erfolgen.

Unter diesen Bedingungen verwundert es nicht, dass es hier noch kein einziges erfolgreiches Volksbegehren gab. Im Volksentscheid-Ranking 2013 des Mehr Demokratie e. V. landete unser Bundesland auf dem letzten Platz mit der Note 5,3.

Wir möchten die Sammelfrist auf sechs Monate ausdehnen und die Anzahl der benötigten Unterschriften auf 5 % senken. Jedes zugelassene Volksbegehren soll zudem grundsätzlich öffentlich im Landtag behandelt werden.

## KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER

Wir setzen uns für ein kommunales Wahlrecht für diejenigen Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger ein, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

## BÜRGERENTSCHEIDE ERLEICHTERN

Die Hürden für Bürgerentscheide sind in Baden-Württemberg sehr hoch und dienen mehr dazu, Bürgerbeteiligung zu verhindern, anstatt sie zu ermöglichen. Daher wollen wir bei Bürgerbegehren die Sechs-Wochen-Frist sowie den Kostendeckungsvorschlag streichen. Wir wollen das Unterschriftenquorum auf sechs Prozent und die Obergrenze auf landesweit 10.000 Unterschriften senken. Das manipulative Quorum im Bürgerentscheid soll vollständig abgeschafft werden.

Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sollen innerhalb von zehn Monaten nach dem ablehnenden Gemeinderatsbeschluss und, falls möglich, zugleich mit einer Wahl stattfinden. Zudem wollen wir Bürgerentscheide auf Stadtteilebene ermöglichen.

## TRANSPARENTER GESETZGEBUNG

Um die Entstehung von Gesetzen nachvollziehen zu können, wollen wir schon die Referentenentwürfe von Gesetzen sowie das Ergebnis der Verbändeanhörung öffentlich machen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen Stellung zu Gesetzesvorhaben nehmen können. Wir wollen verhindern, dass die Vertretung von Verbänden oder Unternehmen Gesetze schreiben.

## SENKUNG DES WAHLALTERS

Junge Menschen werden mit 14 Jahren strafmündig und uneingeschränkt religionsmündig. Mit 16 Jahren beginnen viele Heranwachsende eine Berufsausbildung. Ihre Lebensumstände werden stark durch Entscheidungen in Kommunen und Land beeinflusst.

Junge Politik ist bedeutet nachhaltige Politik. Noch bestimmt der demografische Wandel die Politik. Deshalb müssen die Belange der kommenden Generationen gestärkt werden. Wir setzen uns für ein kommunales Wahlalter von 14 Jahren und das Wahlrecht auf Landesebene ab 16 Jahren ein. Durch die Senkung des Wahlalters erhöht sich das Interesse junger Menschen an der Politik und an der Demokratie.

## GERECHTERES WAHLSYSTEM

Das in Baden-Württemberg für Landtagswahlen angewandte Wahlsystem mit einer gemeinsamen Stimme für Partei und Direktkandidierende bevorzugt die großen Parteien. Um landesweit wählbar zu sein, muss eine Partei in jedem Wahlkreis Direktkandidatinnen und -kandidaten aufstellen. Stattdessen möchten wir ein Wahlsystem mit zwei getrennten Stimmen einführen – wie bei der Bundestagswahl und den meisten anderen Landtagswahlen.



**PIRATEN**  
digital. sozial. transparent.